

Programm der SPD Main-Taunus

EIN KREIS FÜR ALLE

Programm der SPD Main-Taunus



EIN KREIS FÜR ALLE

www.spd-main-taunus.de



www.spd-main-taunus.de



Inhaltsverzeichnis

1. Kinderbetreuung, Bildung und Schule.....	2
2. Soziales und Integration.....	5
3. Seniorinnen und Senioren	9
4. Kinder und Jugend	10
5. Daseinsvorsorge, Umwelt und Energie	11
6. Wirtschaft und Arbeit	17
7. Ehrenamt und Bürgerbeteiligung	19
8. Kultur und Sport	21
9. Mobilität und Verkehr.....	24
10. Finanzen	26
11. Bürgerservice und Verwaltung.....	28
12. Wir in der Region.....	30
13. Wir in der Welt.....	31

1. Kinderbetreuung, Bildung und Schule

Gute Bildung ist die wichtigste Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur eigenständigen Lebensgestaltung. Mit einer wirkungsvollen Bildungspolitik wird die Grundlage für Chancengleichheit, die berufliche Qualifikation sowie den persönlichen und allgemeinen Wohlstand gelegt. Gute Bildung ist ein Menschenrecht. Gute Bildung ist eine Grundforderung sozialdemokratischer Politik und damit ein wichtiges Ziel unserer Politik für die Menschen im Main-Taunus-Kreis. Darüber hinaus sind Bildungs- und Betreuungsangebote für Familien und Unternehmen wichtige Standortfaktoren.

So schaffen wir die Grundlagen für demokratische, soziale und kulturelle Teilhabe in unserer Gesellschaft und damit für ein selbstbestimmtes Leben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass jedes Kind einen schulischen Abschluss erreicht. Nur dieser eröffnet jedem die Chance auf die erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt und eine selbstständige Lebensgestaltung.

Eine Schullandschaft mit sozialdemokratischer Handschrift heißt für uns zu einen, dass im Main-Taunus-Kreiswohnnaher Schulstandorte mit sicheren Schulwegen gewährleistet sein müssen, Zum anderen aber auch, dass ein Schulentwicklungsplangemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schülerinnen und Schülern weiterentwickelt wird. In den Schulen hat für uns eine moderne, das Lernen fördernde Ausstattung einen besonderen Stellenwert. Die Schulung und praxisnahe Einweisung der Lehrkräfte in die Informationstechnologie wollen wir weiter fördern. Wichtig ist für uns der Ausbau der Medienpädagogik, also der Umgang mit dem Internet und den Sozialen Medien. Damit die Lehrerinnen und Lehrer sich ganz auf die pädagogische Arbeit konzentrieren können, müssen die Schulsekretariate ausreichend personell ausgestattet sein. Dazu zählt auch der bedarfsgerechte Einsatz der Hausmeisterinnen und Hausmeister. Der Einsatz von sogenannten technischen Assistentinnen und Assistenten soll die Verfügbarkeit und Verwendbarkeit technischer Geräte sicherstellen. Im Main-Taunus-Kreis soll die Schulsozialarbeit auf alle Schulen ausgeweitet werden. Die wenigen Schulen, an denen heute schon die Schulsozialarbeit eine wichtige Aufgabe übernimmt, wollen wir bedarfsgerecht stärken. Unser Ziel ist ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit, unabhängig von der Finanzkraft der jeweiligen Stadt oder Gemeinde.

Besonders an unseren Grundschulen wollen wir ein wohnortnahes, inklusives Angebot, also das gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, ermöglichen. Wir wollen die Weiterentwicklung des inklusiven Unterrichts an geeigneten Standorten fördern, mit dem Ziel der Beteiligung von Kindern mit Behinderungen. Dabei werden wir die Förderschulen in ihrer Arbeit unterstützen und Kooperationen zwischen Förderschulen und Regelschulen intensivieren. Darüber hinaus werden wir die Unterstützung der Schulen durch mehr Lehrkräfte für die mobile Erziehungshilfe weiter vorantreiben.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fordert mehr denn je einen flächendeckenden Ausbau des Angebots an echten Ganztagschulen. Das bedeutet für uns ein Ganztagsangebot mit Mittagessen, eine gute Nachmittagsbetreuung durch qualifizierte Fachkräfte bei einem niedrigen Betreuungsschlüssel sowie ein vielfältiges Freizeitangebot. Hierzu wollen wir auch örtliche Vereine und Initiativen einbeziehen.

Unser Ziel ist für die weiterführenden Schulen ein umfassendes, differenziertes und durchlässiges Bildungsangebot im Bereich der Klassen 5 bis 10 (9). Wir wollen den Willen der Schulgemeinde respektieren, wenn es um die Frage G8 oder G9 geht, auch wenn wir den Weg der Mehrheit der Schulen zurück zu G9 begrüßen. Der Ausbau des Ganztagsangebotes ist für uns auch im Bereich der weiterführenden Schulen konsequent. Die Teilnahme der Schulen am kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben im Main-Taunus-Kreis wollen wir fördern.

Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen sollen auch in weiterführenden Schulen am regulären Unterricht teilnehmen können, wenn dies möglich und im Interesse des Kindes ist. Die baulichen Voraussetzungen werden wir dafür zügig schaffen.

Zur Verbesserung der beruflichen Orientierung ermutigen wir die Schulen, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Verbänden, unterschiedliche Betriebspraktika, auch in der gymnasialen Oberstufe, interessierten Schülerinnen und Schülern anzubieten. Berufsmessen an Schulen sollen dies als ein weiterer Baustein ergänzen.

Wir wollen gerade die beruflichen Schulen für die neuen Herausforderungen der modernen Informationstechnologien bei bestehenden Ausbildungsgängen stärken, den Sportunterricht auch für Berufsschülerinnen und Berufsschülern durch Einrichtung schulnaher Sportstätten fördern und den Schüleraustausch innerhalb Europas im Rahmen von Betriebspraktika ermöglichen.

Lebenslanges Lernen ist eine Anforderung der heutigen Zeit. Daher werden wir die Volkshochschule verlässlich finanzieren und damit ihren Fortbestand garantieren. Die Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung für Erwachsene werden wir ausbauen. Die Erwachsenenbildung wollen wir für alle Bevölkerungsgruppen weiter öffnen und durch niedrige Gebühren attraktiv und erschwinglich gestalten. Die Erwachsenenbildung für Ältere, aber auch für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger soll durch spezifische Angebote ausgeweitet werden. Daneben sehen wir die Volkshochschule auch als einen Ort für Weiterbildungen und Beratungen zur Wiedereingliederung. Wir erkennen die besonderen Leistungen der Volkshochschulen bei der Vermittlung der deutschen Sprache an und wollen sie bei dieser Aufgabe wirkungsvoll unterstützen.

2. Soziales und Integration

Wir unterstützen die Städte und Gemeinden bei einer nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung. Ein wichtiger Baustein für den sozialen Zusammenhalt im Main-Taunus-Kreis ist die Quartiersentwicklung in den einzelnen Städten. Das Lebensumfeld der Menschen liegt in ihren Quartieren, ihren Stadtteilen und ihren Ortschaften. Hier müssen die Teilhabechancen, die medizinische Nahversorgung und Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs wohnortnah gesichert werden. Die Menschen brauchen vor Ort eine gute Infrastruktur und müssen an das gesellschaftliche Leben angebunden bleiben. Wir wollen ein Wohnumfeld mit Begegnungsräumen sowie Barrierefreiheit und dabei Initiativen für neue Wohnformen fördern.

Wichtig ist uns, jeder und jedem die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben mit einem höchstmöglichen Maß an Lebensqualität zu bieten - unabhängig vom Alter, Grad der Behinderung oder der individuellen Lebenssituation.

Beratung

In unserer Gesellschaft steigt der Bedarf an Beratung und Hilfe in unterschiedlichsten Lebenslagen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Trotz hoher Beschäftigungsquote und wirtschaftlicher Stärke im Main-Taunus-Kreis beobachten Sozialverbände, dass immer mehr Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden. Die Schere zwischen reich und arm in der Gesellschaft öffnet sich.

Viele Menschen – u.a. finanziell Schwache und deren Kinder, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren, kinderreiche Familien etc. – benötigen zunehmend Unterstützung, um ihre Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu wahren. Scham und falsch verstandene Bescheidenheit dürfen Teilhabe nicht verhindern.

Bestehende Angebote müssen gesichert und für jede und jeden zugänglich ausgebaut werden. Im Hinblick auf das Älterwerden der Gesellschaft sollen insbesondere für Ältere und Menschen mit Einschränkungen verstärkt aufsuchende Beratungsangebote geschaffen werden.

Die verschiedenen Träger der Beratungsangebote im Main-Taunus-Kreis leisten hervorragende Arbeit. Für sie muss der Main-Taunus-Kreis ein verlässlicher Partner auf Augenhöhe sein.

Die Zuschüsse für Beratungsangebote sind seit Jahren gleichgeblieben. Wir wollen, dass sich in Zukunft die finanzielle Unterstützung des Kreises an die sozialen Organisationen dem wachsenden Bedarf anpasst. Gemeinschaftlich wollen wir daher mit einem „runden Sozialtisch“ die Zuschüsse den tatsächlichen Bedürfnissen anpassen.

Bei der Auswahl neuer Träger ist auf nachhaltiges Arbeiten und eine langfristige Strategie zu achten. Wir bevorzugen nicht-kommerziell orientierte Träger insbesondere dann, wenn eine lange und gute Partnerschaft besteht.

Lebenswirklichkeit

Moderne Familienpolitik heißt, der Vielfalt von Familienwirklichkeit und zugleich den veränderten Anforderungen an Familie Rechnung zu tragen. Zum Miteinander der Gesellschaft gehören besonders die Betreuung und Förderung von Kindern und die Fürsorge für die Älteren. Generationen oder Geschlechter dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir stehen für ein diskriminierungsfreies Miteinander, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Anerkennung der Lebensleistung älterer Menschen sowie für die Förderung des interkulturellen Austauschs und für die Akzeptanz der Verschiedenartigkeit von Kulturen. Gleichzeitig muss häusliche Gewalt geächtet und durch geeignete Präventions- und Interventionsstellen verhindert werden.

Gerade im Ballungsraum Rhein-Main mit seiner hohen Fluktuation der Erwerbstätigen wird der traditionelle generationenübergreifende Familienverbund immer weniger zur Regel. Daher benötigt unsere Gesellschaft neue Modelle für die Betreuung und das Miteinander. Betreuungsangebote und Plätze für Alt und Jung müssen erreichbar, aber auch bezahlbar sein.

Religion

Anhänger vieler Religionen leben im Main-Taunus-Kreis friedlich zusammen. Wir können stolz sein auf die kulturelle und religiöse Vielfalt und das gute Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Wir werden alles daransetzen, diese Gemeinsamkeiten zu erhalten. Integration heißt für uns, die Verständigung und den Ausgleich zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften in unserem Kreis herzustellen. Vorbild ist hier die christliche Ökumene.

Vielfalt

Vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen wollen wir die Integrationsangebote speziell für Kinder und Eltern, die einen Migrationshintergrund haben, ausbauen. Dazu gehören für uns eine bilinguale Kinderbetreuung und die frühkindliche Sprachförderung nicht nur der deutschen Sprache, sondern – wo möglich – auch der jeweiligen Muttersprache. Aber auch älteren Menschen mit Migrationshintergrund müssen passende Möglichkeiten zur Teilhabe am öffentlichen Leben angeboten werden. Durch eine intensive Zusammenarbeit von Jugendsozialarbeit, Bildungseinrichtungen, Migrantenselbstorganisationen und sozialen Diensten vor Ort sollen die besonderen Anforderungen einzelner Sozialräume gezielt ermittelt und bedient werden.

Wir wollen eine Kommunalverwaltung mit starken interkulturellen Kompetenzen und wollen sie entsprechend organisatorisch und personell ausrichten. Dazu möchten wir die Sprachkompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen sowie die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund stärker in den Fokus der Personalentwicklung im Landratsamt rücken. Die Integration und den interkulturellen Dialog verstehen wir als dauernde Querschnittsaufgabe für eine wertschätzende Willkommenskultur.

Menschen in Not

Unterstützt von den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern in zahlreichen Organisationen muss sich der Main-Taunus-Kreis zusammen mit den Kommunen auch weiterhin den Aufgaben zur Unterbringung der vielen Flüchtlinge, die in unserem Land Schutz suchen, stellen. Dazu gehören eine Unterbringung in menschenwürdigen Unterkünften, eine angemessene soziale und schulische Betreuung sowie die Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge im Main-Taunus-Kreis schnell Zugang zur medizinischen Versorgung, zu Bildungseinrichtungen und zu Bildungsangeboten erhalten. Um die Zusammenarbeit des Main-Taunus-Kreises mit den Kommunen und den engagierten Ehrenamtlichen verlässlich organisieren und koordinieren zu können, ist es notwendig, mehr qualifiziertes Personal zu beschäftigen. Darüber hinaus wollen wir ein Patenprogramm zusammen mit den freien und konfessionellen Trägern aufbauen.

Wir verurteilen Gewalt und Hetze gegen Flüchtlinge. Die Täterinnen und Täter stehen außerhalb unserer gesellschaftlichen Grundordnung und müssen mit Mitteln des Rechtsstaates verfolgt werden.

Inklusion

Inklusion heißt für uns, sich konsequent für die Belange von Menschen mit Behinderung in allen Lebenslagen einzusetzen. Dazu gehören die bestmögliche Bildung und die Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Darüber hinaus wollen wir im Rahmen eines kommunalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention über Behindertenrechte bei allen Bautätigkeiten schrittweise Barrierefreiheit herstellen. Dazu zählen unter anderem Rampen, Aufzüge, behindertengerechte Sanitäranlagen und Differenzierungsräume. Dabei werden wir im Sinne der kommunalen Bildungslandschaft alle notwendigen Akteure miteinander vor Ort vernetzen.

Unsere Kommunen werden reicher durch die Vielfalt aller Menschen, die hier leben. Wir wollen, dass niemand von der Teilhabe ausgeschlossen wird. Wir wollen Hindernisse abbauen, nicht nur in den Köpfen. Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit müssen unabhängig von sozialer Herkunft, Muttersprache oder Behinderung gelten.

Inklusion kann nur gelingen, wenn die Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulen dafür entsprechend motiviert und ausgebildet werden. Hier muss vor allem die Hessische Landesregierung noch einiges nachholen. Vor Ort werden wir uns dafür einsetzen, dass Kinder, trotz etwaiger Einschränkungen, unsere Schulen besuchen können und so Teilhabe auch im Bildungssystem erfahren. Dabei halten wir es für notwendig, gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und Eltern Wege zu finden, junge Menschen mit Behinderung reibungslos in den Schulalltag zu integrieren. Dies wird nicht in jedem Fall eine einfache Aufgabe, weshalb ein besonderes Integrationsmanagement für den Kreis erforderlich ist. Im Mittelpunkt steht für uns dabei das jeweilige Kindeswohl.

3. Seniorinnen und Senioren

Die Bewältigung der Folgen der Bevölkerungsentwicklung ist eine Querschnittsaufgabe für die Kommunalpolitik. In allen Bereichen gilt es, die besonderen Interessenlagen älterer Menschen zu berücksichtigen.

Daher ist es wichtig, durch geeignete Maßnahmen, wie die Hilfe zur Selbsthilfe, die Eigenaktivität und die selbstständige Lebensführung von Seniorinnen und Senioren zu stärken. Gerade auch, um der möglichen Einsamkeit im Alter entgegenzuwirken. Da nicht alle Menschen ohne fremde Hilfe und Pflege leben können und der Anteil der Hochbetagten erfreulicherweise kontinu-

ierlich zunehmen wird, möchten wir die ambulanten Hilfen auszubauen und den Aufbau von haushaltsnahen Diensten unterstützen. Eine angemessene Zahl an stationären Pflegeplätzen ergänzt dieses Angebot. Der Zuschuss des Main-Taunus-Kreises an die Städte und Gemeinden für die Seniorenberatungsstellen muss deshalb erhalten bleiben.

Die Altenhilfeplanung muss entsprechend der demographischen Entwicklung aktualisiert werden und das ‚Netzwerk Demenz‘ erhalten und ausgebaut werden.

Ältere Menschen sind heute in der Regel gesünder als früher und wollen die Chance des längeren Lebens auch entsprechend nutzen. Wir werden sie ermutigen, sich verstärkt bürgerschaftlich zu engagieren, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen und ihre Erfahrungen und Fähigkeiten in das gesellschaftliche Leben einzubringen.

Nicht alle haben die gleichen Chancen und Potenziale, aber alle haben Potenziale – es kommt darauf an, wie Ältere angesprochen werden und wie man ihnen durch entsprechende Rahmenbedingungen Möglichkeiten schafft, ihre Kommune, ihr Lebensumfeld mitzugestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen in Würde älter werden können. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass Ältere im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Interessen auch mitgestalten und mitentscheiden können.

Wir wollen Seniorinnen und Senioren Gelegenheit geben, ihre Rechte und Wünsche selbst zu artikulieren, sich um eigene Belange zu sorgen, zugleich aber die Verantwortung für andere mitzutragen. Nur so können sie sich als Teil der Kommune verstehen. Wir setzen uns für die Schaffung von Seniorenbeiräten ein, unter anderem als beratende Gremien der Parlamente. Zur Steigerung der Akzeptanz der Beiräte halten wir eine Wahl der Seniorenbeiratsmitglieder anstelle einer Berufung für sinnvoll.

Die Bereitschaft der Älteren für Engagement, auch in Initiativen und Projektgruppen außerhalb von festen Strukturen, ist ein nicht zu unterschätzendes Gut. Dies werden wir positiv begleiten und durch Vermittlung von Engagement-Möglichkeiten unterstützen. Im Bedarfsfall wollen wir durch Auslagenersatz (keine Bezahlung) finanziell schlechter ausgestatteten Menschen ehrenamtliche Aktivitäten ermöglichen. Ältere mit Migrationshintergrund werden wir verstärkt einbeziehen. Die Nachbarschaftshilfe sowie das Engagement älterer Mitbürger im sozialen Umfeld haben für uns einen hohen Stellenwert und verdient unsere Unterstützung.

4. Kinder und Jugend

Wir wollen allen jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarisches Gesellschaft ermöglichen und das unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer sozialen und kulturellen Herkunft. Wir nehmen die Bedürfnisse und Belange von Kindern und Jugendlichen ernst und werden mit ihnen gemeinsam unseren Landkreis und schließlich auch die Gesellschaft positiv verändern.

Kindheit und Jugend sind wichtige Lebensphasen für die Identitätsbildung, die vielfältige Angebote aber auch viel Freiraum für selbstbestimmte Aktivitäten brauchen. Damit alle jungen Menschen sich entfalten und an der Gesellschaft teilhaben können, brauchen sie in erster Linie eine funktionierende soziale Infrastruktur. Dazu gehören neben guter Bildung, Betreuung und Beratung auch ausreichend Freizeit-, Kultur- und Mobilitätsangebote.

Kinder und Jugendliche müssen stärker an kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt werden. Dadurch erreichen wir nicht nur eine bessere Teilhabe, sondern fördern auch das demokratische Verständnis. Deshalb wollen wir einen Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche zum Beispiel durch einen „Jugendkreistag“ anregen.

Für Jugendliche soll es Freizeitangebote geben, die offen, flexibel und kostenfrei sind. Dazu zählen z.B. Bolz-, Basketball- oder Volleyballplätze. Daneben wollen wir die Schulsozialarbeit durch außerschulische Angebote ergänzen, um Jugendliche verschiedener Schulformen und Altersgruppen zusammenzuführen.

Bestehende Angebote für Kinder und Jugendliche (Jugendcafés, Jugendtreffs etc.) müssen erhalten bleiben und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Jugendarbeit muss niedrigschwellig arbeiten. Daher wollen wir die mobile, aufsuchende Jugendpflege („Streetwork“) weiter ausbauen, um Kontakt zu Jugendlichen zu halten und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei Fragen und Problemen zu bieten.

5. Daseinsvorsorge, Umwelt und Energie

Die Daseinsvorsorge stellt einen wesentlichen Baustein sozialdemokratische Kommunalpolitik dar. Wir verstehen darunter die Aufgabe zur Bereitstellung von öffentlichen Leistungen, die für ein menschliches Dasein als notwendig erachtet werden (Grundversorgung), aber auch der Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen für die Allgemeinheit (Infrastruktur).

Bauen und Wohnen

Allgemein ist unser Ziel aus umweltpolitischer Sicht, die Siedlungsentwicklung im Main-Taunus-Kreis nachhaltig und flächensparend umzusetzen. Die Neu- und Umbaumaßnahmen des Main-Taunus-Kreises sind nach unserer Meinung in kosten-, energie- und umweltbewusster Bauweise zu errichten und entsprechend zu betreiben.

Das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum halten wir für eine Kernaufgabe einer sozialdemokratischen Politik für den Main-Taunus-Kreis. Vielerorts können schon Menschen mit Durchschnittseinkommen die Mietpreise nicht mehr bezahlen. Das gilt besonders für junge Familien, Alleinerziehende, Menschen in sozialen Berufen, aber auch für immer mehr Rentnerinnen und Rentner.

So eng wie unsere Städte zusammengewachsen sind, ist die Schaffung von Wohnraum und die Quartiersentwicklung eine große Herausforderung. Wir wollen als einen ersten Schritt den Main-Taunus-Kreis als Schrittmacher und Koordinator etablieren, der die Städte und Gemeinden beim Bau von bezahlbaren Wohnungen berät und fachlich unterstützt. Gegenüber der Hessischen Landesregierung werden wir zusätzliche Finanzierungswege und Investitionsprogramme einfordern.

Wirtschaftliche Betätigung

Die wirtschaftlich organisierten Unternehmen des Main-Taunus-Kreises ermöglichen mit ihren Leistungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Main-Taunus-Kreises eine hohe Effizienz und Effektivität bei der Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Die SPD tritt deshalb dafür ein, dass auch in Zukunft eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und des Kreises erleichtert wird. Dazu gehört auch, die Geschäftsfelder der kreiseigenen Unternehmen, wie zum Beispiel bei der Rhein-Main-Deponie GmbH (RMD), hinsichtlich ihre Notwendigkeit zu beleuchten und gegebenenfalls weiterzuentwickeln bzw. zu erweitern. Dies gilt ganz besonders für den Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur.

Dabei sprechen wir uns gegen die Privatisierung von Infrastruktur aus. Eine Privatisierung der Kliniken des Main-Taunus-Kreises lehnen wir ab.

Zwischen den Kreisbeteiligungen und den Städten und Gemeinden sind Absprachen über gegenseitige Unterstützungen unerlässlich. Gerade in Zeiten knapper Finanzen sind wirtschaftliche Tätigkeiten regelmäßig auf Synergieeffekte hin zu überprüfen. Kooperations- und Bündelungspotenziale müssen genutzt werden.

Umwelt

Die Bewahrung oder Schaffung einer intakten Umwelt ist nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen, sondern auch für die heute lebenden Menschen von existenzieller Bedeutung. Sauberes Wasser und natürlicher Boden gehören ebenso zu einem menschlichen Leben wie reine Luft und eine naturnahe, Erholung bietende Landschaft. Die SPD wird sich für eine nachhaltige, ökologische und soziale Entwicklung des Main-Taunus-Kreises einsetzen. Politik muss dafür sorgen, dass die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen nachhaltig erhalten bleiben. Grundlage für die politischen Entscheidungen im Main-Taunus-Kreis muss deshalb auch eine regelmäßig zu aktualisierende Umweltbilanz sein, durch die Umweltqualitätsziele gemessen und dokumentiert werden können.

Landschaft

Wir wollen größere Bereiche der Naturlandschaften als geschützte Lebensräume für Pflanzen und Tiere miteinander vernetzen, geeignete Pflegemaßnahmen unterstützen und weitere Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausweisen. Ziel ist die Verbindung von Rekultivierungsflächen, Naturschutzgebieten und Biotopen, wie Wälder, Teiche und Bachauen zu einer kreisweiten Biotopvernetzung. Naturbelassene Naherholungsgebiete möchten wir bewahren und weiterentwickeln. Den Regionalpark wollen wir erhalten und noch ausbauen. Wir wollen ein nachhaltig ausgerichtetes Finanzierungskonzept, das von allen Beteiligten getragen wird. Die Landwirte und Naturschutzverbände sind für uns wichtige Partner für ein Landschaftsschutzkonzept. Einen hohen Stellenwert genießt dabei die Erhaltung der im Main-Taunus-Kreis noch verbliebenen nutzbaren landwirtschaftlichen Flächen. Landwirte sehen wir als fachkundige Verbündete für den Natur- und Landschaftsschutz. Wir wollen umweltgerechte landwirtschaftliche Produktionen sowie deren Absatz fördern. Das dient dem Erhalt und der Pflege der Landschaft. Attraktive nahtouristische Ziele wollen wir durch Rad- und Wanderwege erschließen und vernetzen. Die Schutz- und Bannwaldbestände wollen wir ergänzen, die Pflege und Bewirtschaftung des Waldes in öffentlicher Hand behalten.

Unverzichtbar ist für uns dabei ein regelmäßiges Monitoring von Natur und Umwelt im Main-Taunus-Kreis. Dadurch wollen wir Maßnahmen langfristig planen und Fehlentwicklungen kurzfristig entgegen wirken.

Wasser

Um verloren gegangenen Lebensraum von Pflanzen und Tieren zurück zu gewinnen, wollen wir gemeinschaftlich mit Natur- und Umweltschutzverbänden begradigte und verbaute Bach- und Flussläufe zurückbauen. Natürliche Überflutungsflächen anstelle von künstlichen Regenrückhaltebecken werden von uns bevorzugt. Den Hochwasserschutz werden wir systematisch verstärken und die Vorsorge gegen Katastrophenfälle ausbauen.

In der Landwirtschaft wollen wir den Einsatz von Schädlingsbekämpfungs- und Düngemitteln vermindern, um die damit verbundene Grundwasserbelastung zu reduzieren.

Im Main-Taunus-Kreis unterstützen wir die Kommunen beim Bau zusätzlicher Reinigungsstufen der Abwasserreinigungsanlagen, um den Eintrag von Nanokunststoffen und Medikamenten in die Gewässer zügig zu reduzieren.

Mit der SPD Main-Taunus wird es keine Privatisierung der Wasserversorgung geben.

Abfall

Wir wollen an erster Stelle Abfall vermeiden. In diesem Zusammenhang haben die Erfahrungen und Leistungen der Unternehmen der Rhein-Main-Deponie-Gruppe auf den Gebieten der Abfallentsorgung und Wiederverwertung einen hohen Stellenwert. Wir wollen deshalb diese Unternehmen weiterentwickeln und zukunftsfähig machen. Die Kreisverwaltung muss darüber hinaus bei der Abfallvermeidung und Reduzierung vorangehen. Dazu werden wir zusammen mit den Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeitern sowie externen Expertinnen und Experten ein Programm zur Abfallvermeidung für die Kreisverwaltung erarbeiten. Die Erfahrungen daraus werden wir interessierten Verwaltungen und Unternehmen zur Verfügung stellen und diese, wo gewünscht, bei diesem Vorhaben begleiten. Besonders engagierte Unternehmen werden wir mit dem „Umweltpreis des Main-Taunus-Kreises“ auszeichnen.

Darüber hinaus wollen wir die regionale Zusammenarbeit in der Abfallentsorgung und -verwertung sowie das im Main-Taunus-Kreis aufgebaute System der Wiederverwertung ausbauen und die Vermarktung der wiedergewonnenen Wertstoffe fördern. Wir unterstützen die Einführung einer Wertstofftonne für Verpackungen, aber auch für andere Gegenstände aus Kunststoff, Metall oder Verbundstoffen.

Lärm

Gerade im Ballungsraum stellt Lärm ein großes Gesundheitsrisiko dar. Dabei spielt der Verkehrslärm eine besondere Rolle. Dies gilt insbesondere für den Frankfurter Flughafen, die Bahnstrecken und den LKW-Verkehr in den Ortsdurchfahrten. Der Verkehr im Main-Taunus-Kreis muss daher leiser werden. Wir setzen uns dabei dafür ein, dass Verursacher von Lärm für einen ausreichenden Lärmschutz sorgen. Aktiver Lärmschutz hat bei uns zudem Vorrang vor Maßnahmen des passiven Schallschutzes.

Energie

Die Energiewende, also der Umstieg auf erneuerbare Energiequellen, schafft Arbeitsplätze und eine ökologische Zukunft vor Ort. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist eine sozial- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Dabei kann die Tiefengeothermie Wärme und Strom unabhängig von Wind und Sonne liefern. Deshalb werden wir die Chancen und Risiken dieser neuen Art der Energiegewinnung im Main-Taunus-Kreis sorgsam erkunden.

Die Wende zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft stellt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre für die Kommunen, die Bürgerinnen und Bürger sowie für das Handwerk und den Mittelstand dar.

Vor Ort eröffnet der Wandel auch in den kommenden Jahren vielfältige neue Chancen: Anlagen der Erneuerbaren Energien erwirtschaften in doppelter Hinsicht Geld für die klammen kommunalen Kassen. Zum einen durch Erträge, wenn sich die Anlage in kommunalem Besitz befindet und zum anderen durch nicht unerhebliche Gewerbesteueranteile. Die regionale Wertschöpfung wollen wir auf diese Weise stärken. Erneuerbare Energien und Maßnahmen für mehr Energieeffizienz bringen Aufträge für das örtliche und regionale Handwerk und für mittelständische Unternehmen im Kreis.

Erneuerbare Energien und energieeffiziente Maßnahmen machen Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen unabhängiger von steigenden Rohstoffpreisen und führen kurz- bzw. mittelfristig zu Kosteneinsparungen gegenüber den fossilen und nuklearen Energiequellen. Die Akzeptanz der Erzeugung von Erneuerbaren Energien steigt, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger an solchen Projekten beteiligen können und umfassend von Beginn an eingebunden werden. Diese Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger wollen wir stärken.

Wir wollen, dass der Main-Taunus-Kreis gemeinsam mit seinen Kommunen eine Vorbildrolle bei der notwendigen Energiewende übernimmt. Den endlich eingeführten, jährlichen Energiebericht für alle kreiseigenen Liegenschaften

werden wir fortführen und als ein wichtiges Instrument für die Ausschöpfung von Einsparpotentialen nutzen. Dabei werden wir die Städte und Gemeinden unterstützen, eigene Energieberichte und Energieeinsparmaßnahmen zu entwickeln.

Wir wollen die Arbeiten im Kompetenz-/Anwenderzentrum für regenerative Energien des Main-Taunus-Kreises im Deponiepark unterstützen. Kleine und mittelständische Unternehmen im Kreisgebiet wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen und Strategien wie Konzepte für eine ‚CO₂-neutrale Kommune der Zukunft‘ gemeinsam vorantreiben. Das entwickelte Klimaschutzkonzept des Main-Taunus-Kreises wollen wir verstärkt umsetzen, sowie zu gegebener Zeit fortschreiben.

Wir wollen den Städte und Gemeinden beratend zur Seite stehen, wenn diese Stromnetze, dort wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, zurückkaufen, um so wieder einen größeren lokalen Einfluss auf die Energiepolitik zu gewinnen und damit auch den Stromverbraucher mittelfristig zu entlasten.

Die kommunalen Stromnetze wollen wir zu einem intelligenten Netz („Smart Grid“) weiterentwickeln, welches die Aufnahme und Verteilung Erneuerbarer Energien erleichtert. Die regionale Wertschöpfung wollen wir auch in diesem Bereich stärken.

Wir wollen die Einführung Erneuerbarer Energien durch innovative Finanzierungs- und Bürgerbeteiligungsmodelle beschleunigen. Denkbar sind hier ideelle Förderungen zum Beispiel bei Genossenschaftsgründungen.

Die Optimierung des Energiemanagements bei kreiseigenen Liegenschaften sowie die Optimierung bei der Ersatzbeschaffung energieverbrauchender Geräte sehen wir als wichtige Sofortaufgabe an. Energieeffizienzkampagnen mit den Gewerbebetrieben, Energieteams und Prämienmodelle in Kindergärten, Schulen, Sportstätten und Vereinen sowie das durch die SPD initiierte erweiterte Programm zur Sanierung von Schulen und Turnhallen sollen zügig weiterentwickelt und umgesetzt werden. Gemeinsam mit Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, Hausmeisterinnen und Hausmeistern wollen wir Energiesparpotenziale heben. Die Schulgemeinschaft soll dabei durch die effektiven Einsparungen profitieren und einen Teil der eingesparten Kosten für eigene Schulprojekte zur Verfügung gestellt bekommen.

Wir wollen eine Energieagentur einrichten, die unabhängige, neutrale Beratungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Politik erbringt sowie die Erhebungen und Potenzialberechnungen in der Kommune durchführt. Mit der Zeit soll daraus, zusammen mit Partnern wie kommunale und private Unternehmen, ein Kompetenzzentrum für Energie entstehen.

Gesundheit

Zunehmende Arbeitsverdichtung, demographischer Wandel und eine hohe Bevölkerungsdichte stellen immer größere Herausforderungen für die Gesundheitsversorgung im Main-Taunus-Kreis dar. Anders als in vielen ländlichen Regionen ist die ärztliche Versorgung im Main-Taunus-Kreis derzeit noch gut. Allerdings wird auf Dauer auch an uns der prognostizierte Ärztemangel nicht ohne Einschnitte vorübergehen. Viele Ärztinnen und Ärzte erreichen oder überschreiten das Rentenalter, und es könnte erstmalig auch in unserem Ballungsraum zur ärztlichen Unterversorgung kommen.

Es bedarf zusätzlicher Anstrengungen des Main-Taunus-Kreises, um eine ausreichende Versorgung mit Haus- und Fachärztinnen und Haus- und Fachärzten im Kreisgebiet zu erhalten. Dabei wird von uns, wo sinnvoll und praktisch umsetzbar, der Aufbau von Gesundheitszentren angestrebt. Dies bedeutet kurze Wege für die Patientinnen und Patienten und es wird dabei helfen, unnötige Mehrfachuntersuchungen zu verhindern.

In Ortsteilen ohne feste Allgemeinarztpraxis bieten sich kommunale Praxisräume an, in denen Ärztinnen und Ärzte ihre lokalen Patientinnen und Patienten regelmäßig zu festgelegten Zeiten vor Ort betreuen können. Darüber hinaus wollen wir die Ärztinnen und Ärzte im Main-Taunus-Kreis dabei unterstützen, ihre Räumlichkeiten barrierefrei für die Patientinnen und Patienten erreichbar zu machen.

Neben den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten stellen unsere beiden Krankenhausstandorte in Hofheim und Bad Soden mit ihren Leistungen einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheitsversorgung der Menschen im Main-Taunus-Kreis dar. Dieser Versorgungsauftrag darf nicht zur Verfügungsmasse von privatwirtschaftlichen Unternehmen werden. Daher steht die SPD Main-Taunus, neben den höchsten Qualitätsansprüchen an die ärztliche Versorgung, für den Erhalt der kommunalen Trägerschaft unserer Kreiskrankenhäuser. Um dies zu sichern, ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Kreiskliniken mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten im Main-Taunus-Kreis immens wichtig. Ein wichtiger Schritt für uns ist dabei, einen regelmäßigen Austausch zwischen den Klinikärztinnen und -ärzten und den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten zu ermöglichen.

6. Wirtschaft und Arbeit

Die Wirtschaftsförderung durch den Main-Taunus-Kreis wollen wir verbessern. Die Förderung von potenziellen Unternehmensgründern steht für uns dabei im Fokus. Hierfür wollen wir ein leistungsstarkes und effektives Beratungsangebot im Landratsamt schaffen.

Die Ansiedlung von Unternehmen im Main-Taunus-Kreis wollen wir durch eine verstärkte und dauerhafte Vernetzung der Wirtschaftsförderstellen der Städte und Gemeinden verbessern. Sofern Synergieeffekte herzustellen und gewünscht sind, wollen wir diese nutzen und damit die Städte und Gemeinden entlasten. Für Unternehmerinnen und Unternehmer wollen wir einen Gesprächskreis initiieren und damit die Verbundenheit zum Main-Taunus-Kreis stärken, den Informationsaustausch verbessern sowie langfristige unternehmerische Tätigkeit im Kreis sichern.

Arbeit macht einen wesentlichen Teil unserer Identität aus und ist die Voraussetzung für eine unabhängige Lebensführung, für Teilhabechancen und für den sozialen Aufstieg. Durch gute Arbeit erfahren Männer und Frauen Anerkennung und können ihr Selbstbewusstsein stärken. Die Arbeits- und Wirtschaftspolitik ist deshalb ein entscheidender Grundpfeiler unserer Kommunalpolitik.

Wir wollen auch in Zukunft gemeinsam mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter auf unseren Kreis bezogene Arbeitsförderungsinitiativen sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme durchführen, um arbeitslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Dieser Beitrag wird auch in Zukunft und auch bei weiter sinkender Arbeitslosigkeit gebraucht.

Darüber hinaus wollen wir mit einer Beschäftigungsinitiative erreichen, dass alle Arbeitssuchenden, die mittelfristig nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können, in einem zweiten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung erhalten können. Unser Ziel ist, dass Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsgelegenheiten für im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeiten zusätzlich angeboten werden. Hierzu gehören durchaus anspruchsvolle gesellschaftliche Aufgaben, aber auch einfachere sinnstiftende Tätigkeiten mit abgestuften finanziellen Zuwendungen. Eine Öffnung des Systems in den ersten Arbeitsmarkt soll sicherstellen, dass Leistung, Zuverlässigkeit und Engagement belohnt werden und eine persönliche Perspektive und Entwicklung ermöglicht wird. Die Gründung eines vom Main-Taunus-Kreis mitzutragenden regionalen Netzwerks von Anbietern und Bildungsträgern, die sich zur sozialräumlichen Herangehensweise

verpflichten, wollen wir daher vorantreiben. Wir wollen, dass unser Kreis auch künftig in beschäftigungsfördernde und beschäftigungswirksame Initiativen investiert und damit möglichst jeder und jedem die Chance auf ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis ermöglicht.

Für die SPD hat die Berufliche Bildung einen sehr hohen Stellenwert. Wir wollen die Leistungen aller Lernorte (Betriebe, Schulen, außerschulische Lernorte usw.) bündeln und neue Angebote (insbesondere in den sozialen Berufen) schaffen. Dies gilt besonders für junge Erwachsene unter 25 Jahren ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung oder ohne Arbeit. Wir unterstützen die enge Kooperation von Schule und Unternehmen, wenn es um die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt geht. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Gesundheitsakademie der Main-Taunus-Kliniken erweitern, um dort mehr Menschen gut auszubilden.

7. Ehrenamt und Bürgerbeteiligung

Viele Menschen im Main-Taunus-Kreis machen sich mit unzähligen ehrenamtlichen Arbeitsstunden verdient. Die ehrenamtliche Betreuung der zahlreichen Flüchtlinge in unseren Städten und Gemeinden ist dafür ein eindrucksvoller Beleg und verdient unsere ganz besondere Anerkennung. Die Ehrenamtlichen leisten mit ihrem Engagement einen aktiven Beitrag zum Erhalt des Vereinslebens und einer lebendigen Bürgergemeinschaft in unserem Landkreis. Ihr Engagement gilt es zu würdigen und zu unterstützen, indem die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Daher wollen wir die bisherige Ehrenamtsagentur zu einer „Kreis-Servicestelle Ehrenamt“, die von Information und Beratung über Fortbildungsangebote bis zur Vermittlung in Ehrenamtsbörsen, Hilfen aus einer Hand bieten können, weiterentwickeln. Dort wollen wir auch ein „Sorgentelefon“ für Vereine ansiedeln, um diese im Bedarfsfall schnell und unkompliziert beraten zu können. Die Vermittlung und Förderung von freiwilligem Engagement über die Kreis-Freiwilligenbörsen werden wir weiter ausbauen. Darüber hinaus wollen wir Kreisforen zu gewünschten Themen für Vereine veranstalten. Zweck dieser Kreisforen sind die Kompetenzvermittlung und Unterstützung der Vereinsarbeit. Die Anerkennung durch Ehrungen, Einladungen zu politischen und kulturellen Veranstaltungen und die Möglichkeiten der „Jugendleiter-Card“ werden wir weiterentwickeln.

Für Ehrenamtliche wollen wir weniger Bürokratie: Die Anforderungen müssen Rücksicht auf die begrenzten Ressourcen des Ehrenamts nehmen und auf das notwendigste Maß reduziert werden. Hilfen für die Vereine gehören nach unserem Verständnis zum kommunalen Service für das Ehrenamt dazu.

Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht zunehmend höhere Erwartungen in Bezug auf Transparenz, Information und Kommunikation bei politischen Prozessen und möchten mehr Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Diesem Bedürfnis will die SPD Main-Taunus entgegenkommen und Bürgerinnen und Bürger direkter an der politischen Willensbildung partizipieren lassen. Dies gilt in besonderem Maße für die Planung und Umsetzung großer Infrastrukturvorhaben.

Die Wahrnehmung der Menschen in Bezug auf politische Entscheidungsprozesse hat sich gewandelt. Sie fordern zunehmend mehr Informationen im Vorfeld und möchten an einem möglichst transparenten Abwägungsprozess beteiligt sein.

Unser Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger, Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und weitere Akteurinnen und Akteure im politischen Prozess zusammenzubringen, um eine gemeinschaftliche Willensbildung – möglichst im Konsens – herbeizuführen. So kann Bürgerbeteiligung die langfristige Akzeptanz politischer Entscheidungen sichern und auch die Einstellung gegenüber Politik verbessern. Partizipation an politischen Entscheidungen trägt damit auch zur Stärkung der demokratischen Prinzipien bei.

Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf Menschen, die bisher aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ihres Bildungsgrads meistens nicht am politischen Diskurs beteiligt sind, so beispielsweise Migranten. Wünschenswert ist es, Beteiligungsformate zu finden, bei denen sichergestellt wird, dass alle Beteiligten auf Augenhöhe miteinander diskutieren und nicht nur die professionellen „Dauersprecher“, sondern alle zu Wort kommen können.

Der Wunsch nach mehr Partizipation ist auch der Ausdruck einer vielfältigeren Gesellschaft, dem demographischen Wandel, der Digitalisierung und von veränderten Lebens- und Arbeitsgewohnheiten. Hierauf sollten Beteiligungsverfahren reagieren und auch internetbasierte und mobile Technologien nutzen.

Wichtig für uns ist es, Bürgerinnen und Bürger von der Relevanz und der Sinnhaftigkeit der zu treffenden Entscheidung zu überzeugen, damit sie sich in einem Beteiligungsprozess einbringen. Dazu gehört eine klar strukturierte Vorgehensweise. Bereits im Vorfeld eines Beteiligungsprozesses ist eine Klärung darüber herbeizuführen, was mit den Ergebnissen nach Abschluss des Prozesses geschehen wird.

Naturgemäß partizipieren bei Beteiligungsprojekten weniger Bürgerinnen und Bürger als bei Wahlen. Insofern stellt sich die Frage der Legitimität von Entscheidungen aus solchen Projekten. Daher muss deutlich gemacht werden, dass die abschließende Entscheidung bei vielen kommunalen Beteiligungsprozessen im Kreistag gefällt wird. Bürgerbeteiligung ist kein Ersatz für die repräsentative Demokratie, deren wichtigste Funktion es ist, Gemeinwohl gegen Partikularinteressen durchzusetzen, Bürgerbeteiligung ist von daher eine wichtige Erweiterung des politischen Entscheidungsprozesses.

Wir wollen deshalb mehr Bürgerbeteiligung im Main-Taunus-Kreis ermöglichen.

8. Kultur und Sport

Kultur bereichert unser Leben. Sie ist essenziell für eine offene, kritische und demokratische Gesellschaft und prägt die Lebensqualität unseres Kreises. Im Main-Taunus-Kreis genießt Kultur einen hohen Stellenwert. Dies zeigt sich in der großen Bandbreite der kulturellen Einrichtungen vor Ort, in der Vielfalt der Veranstaltungen an sich und vor allem im ehrenamtlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Kulturprojekten und freien Kulturinitiativen. Ziel der Kulturpolitik der SPD Main-Taunus ist es, diese Vielfalt zu erhalten, zu sichern und auszubauen, denn dieses Wirken initiiert kulturelle Teilhabe und entwickelt das kulturelle und identitätsstiftende Profil unseres Kreises weiter.

Kunst und Kultur müssen allen Menschen zugänglich sein, wobei der Staat weder Vormund von Kunst und Kultur ist, noch ein Monopol auf sie erheben darf, wohl aber Garant anspruchsvoller kultureller Vielfalt sein muss.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten nachdrücklich dafür ein, dass die Förderung kultureller Aktivitäten nicht schwerwiegend in die so genannten „Leuchttürme“ der Region gesteckt wird. Wir wollen verstärkt die in die Breite gehenden Aktivitäten finanziell unterstützen; denn die Wurzeln der Kulturarbeit liegen in den Städten und Gemeinden und dem ehrenamtlichen Engagement unserer Bürgerschaft. Mancherorts gehen die drastischen Sparmaßnahmen der letzten Jahre an die kulturelle Substanz.

Kulturförderung heißt für uns in erster Linie in kulturelle Maßnahmen im Kreisgebiet zu investieren und vor allem nicht in starre Strukturen und Verwaltung. Daher sehen wir das Konstrukt der Kulturfonds gGmbH, die der Main-Taunus-Kreis mit über 300.000 Euro jährlich subventioniert, als akut reformbedürftig an. Die Kulturfonds gGmbH ist in ihrer jetzigen Ausgestaltung nicht mehr zukunftsfähig. Wir wollen eine Kulturförderung, die breite Teile der Bevölkerung einbezieht und vor Ort stattfindet, Kulturschaffende vernetzt und Bürgerinnen und Bürger einbezieht. Gerade hier bietet eine interkommunale Zusammenarbeit Raum für vielfältige Synergien. Der Main-Taunus-Kreis soll sich hierbei als Moderator engagieren.

Gemeinsam mit den kulturschaffenden Vereinen und Organisationen wollen wir gemeindeübergreifende kulturelle Aktivitäten entwickeln, fördern und unterstützen. Ein weiteres Ziel ist die Gründung eines Musikschulfonds, der musikalische Früherziehung für alle Kindertagesstätten ermöglicht und Instrumentalunterricht anbietet, um musikalisch talentierten Kindern das Erlernen eines Instru-

ments – unabhängig von ihren finanziellen Voraussetzungen – zu ermöglichen; dies soll in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Musikschulen erfolgen. Wir wollen die Entwicklung eines Projekts „Kunst in die Schule“, wie z.B. beim Holzbilderhauer-Symposium in Eppstein und zusammen mit Kunstpädagoginnen und Kunstpädagogen, Künstlerinnen und Künstlern, Kunststudentinnen und Kunststudenten, Kindern und Jugendlichen den Zugang zur Bildenden Kunst ermöglichen.

Sport bringt Lebensqualität, Lebensfreude sowie Gesundheit und führt Menschen zusammen. Sportlicher Teamgeist lehrt Toleranz und Fairness, überwindet selektive Hürden, fördert gemeinschaftliches Engagement und stärkt so den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Für Kinder und Jugendliche sind Bewegung, Spiel und Sport unerlässlich für ihre gesamte Persönlichkeitsentwicklung. In Bildung und Erziehung eröffnet der Sport Möglichkeiten zur Selbsterfahrung und Selbstbestimmung, von Leistung und Bewährung. In einer vernetzten Politik der Gewaltprävention spielt er zudem eine wichtige Rolle.

Sport im Verein ist wichtig für das Zusammenleben und hilft bei der Integration. Sport bietet spannende Unterhaltung und bereichert die Freizeitgestaltung vor Ort. Umso wichtiger ist es, diese positive Kraft des Sports zu fördern. Sozialdemokratische kommunale Sportpolitik bedeutet, dieses durch zukunftsorientierte und politikfeldübergreifende Förderkonzepte für die Vereine in unserem Kreis zu leisten – verlässlich und wertschätzend.

80 Prozent der Sportförderung in Hessen findet in den Kommunen statt. Sportförderung gehört zum vorsorgenden Sozialstaat. Nicht zuletzt hilft der Sport durch seine integrativen und präventiven Leistungen, teure Folgekosten von gescheiterter Integration und Bewegungsmangel in kommenden Jahrzehnten zu vermeiden.

Angesichts der Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden durch das Land Hessen und der damit verbundenen kommunalen Sparmaßnahmen und -vorgaben sehen wir uns jedoch vor großen finanziellen Herausforderungen, auch im Hinblick auf die Sportförderung. Aus der mangelhaften Unterstützung durch das Land für die Kommunen erwachsen teils existenzbedrohende Belastungen für Sportvereine und Verbände. Wir möchten deshalb dafür sorgen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für ein lebendiges und ausgewogenes Sportangebot zukünftig besser gesichert werden.

Sportförderung ist für uns eine Pflichtaufgabe jeder Kommune. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Ausgaben finanziell defizitärer Kommunen zur Sportförderung und die finanzielle Unterstützung der örtlichen Vereine nicht als sog.

„freiwillige Leistungen“ der Kommunen behandelt werden, die dem Spardiktat der Hessischen Landesregierung zum Opfer fallen können. Vielmehr ist eine angemessene und planungssichere Finanzausstattung der kommunalen Sportförderung ebenso notwendig wie die Beibehaltung bestehender Landesförderprogramme und die Gewährleistung fester Einnahmemargen für Träger des organisierten Sports, wie dem Landessportbund Hessen und seiner Gliederungen vor Ort.

In einer Welt, in der Individualisierung und Anonymität zunehmen, sind die Sportvereine im Main-Taunus-Kreis ein Stück gelebter Solidarität: Sie bieten den Menschen Geborgenheit und Heimat. Zugleich sind sie wichtige Träger einer sich entwickelnden Bürgergesellschaft. Kommunale Sportförderung stabilisiert die Arbeit der Sportvereine, indem sie die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schafft. Die SPD sieht den Main-Taunus-Kreis auch in Zukunft als Partner der Vereine, der die Grundvoraussetzungen für verantwortungsvolle Arbeit im Dienste der Bürgergemeinschaft garantiert. Dies gilt auch und gerade in Zeiten finanzieller Engpässe, in denen in vielen Kommunen die Prioritäten neu gesetzt werden müssen.

So sehen wir es als unsere Aufgabe an, besonders den Vereinen gezielt zu helfen, die Kinder- und Jugendarbeit gestalten oder andere wichtige soziale und integrative Aufgaben übernehmen, da diese auch in Zukunft weder durch kommerzielle Vermarktung noch rein ehrenamtlich oder nur durch das Beitragsaufkommen realisiert werden können.

Wo Fahrtkosten für Wettkämpfe von Kindern und Jugendlichen nicht leistbar sind, soll der Main-Taunus-Kreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Fahrtkostenzuschüsse für Wettkämpfe ermöglichen.

9. Mobilität und Verkehr

Mobilität ist ein selbstverständliches Bedürfnis des Menschen. Im Main-Taunus-Kreis mit seinem nach wie vor anhaltenden Bevölkerungswachstum werden die mit einer Sicherung dieses Bedürfnisses einhergehenden Herausforderungen besonders deutlich. Gerade im Ballungsraum muss ein wachsendes Mobilitätsbedürfnis mit mehr Klimaschutz und damit weniger Energieverbrauch in Einklang gebracht werden. Dieser schwierigen, aber nicht unlösbaren Aufgabe fühlen wir uns als SPD Main-Taunus verpflichtet.

Ein Schwerpunkt unserer zukunftsorientierten und effizienten Verkehrspolitik bleibt die Entwicklung von Konzepten zur Verkehrsvermeidung und die Verlagerung von Verkehr auf öffentliche Nahverkehrsmittel wie Bus und Bahn. Dabei berücksichtigen wir auch die Bedürfnisse von Behinderten und fordern einen barrierefreien Ausbau der Verkehrssysteme. Neue technische Möglichkeiten zur Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsarten und -träger in Form eines integrierten Verkehrsmanagements über die Gebietskörperschaften hinaus wollen wir vorantreiben. Den Personennahverkehr gilt es in diesem Zusammenhang zu stärken. Alternative Antriebe, die auf fossile Brennstoffe verzichten, eröffnen nicht nur für den motorisierten Individualverkehr neue Möglichkeiten. Die dazu erforderliche Infrastruktur wollen wir daher voranbringen.

Soweit einzelne Straßenbauprojekte die Anwohner in Ortsdurchfahrten vor Lärm und Schadstoffen schützen, unterstützen wir umweltverträgliche Straßenbauprojekte zur Entlastung bzw. Beseitigung von Ortsdurchfahrten mit Vorrang.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Wir unterstützen mit Nachdruck den Bau der Regionaltangente West (RTW) und weiterer Schienenverbindungen im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV), die das Angebot und die Qualität des Nahverkehrsangebotes nachhaltig steigern. Wir wollen die Querverbindungen zwischen den Städten und Gemeinden des Main-Taunus-Kreises ausbauen.

Im Rahmen der Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft (MTV) wollen wir das Angebot der Buslinien in Qualität, Angebot und Pünktlichkeit verbessern. Dazu zählen wir auch ein attraktives Angebot in verkehrsschwachen Zeiten durch Anruf- bzw. Anschluss-Sammel-Taxis.

Durch streckenabhängige Preisgestaltung, den zügigen Ausbau des bargeldlosen Fahrscheinerwerbs wie z.B. „Handyticket“ bzw. eine elektronische Fahrkarte und durch das RMV-Jobticket für größere Betriebe und Verwaltungen wollen

wir die Attraktivität und Qualität für die Nutzerinnen und Nutzer sowie die Wirtschaftlichkeit des ÖPNVs weiter erhöhen.

Wir wollen mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Fahrplangestaltung. Fahrplanentwürfe sollen bereits nach ihrer Erstellung im Frühjahr öffentlich zugänglich sein, damit alle Interessierten rechtzeitig vor der endgültigen Beschlussfassung dazu Stellung nehmen und Anregungen einbringen können. Begleitet werden soll dies durch einen Fahrgastbeirat für die MTV, den wir einrichten wollen. Wir wollen den ÖPNV für Menschen mit Behinderung barrierefrei gestalten.

Radverkehr

Das Radverkehrsnetz im Main-Taunus-Kreis wollen wir in Verbindung mit den Städten, Gemeinden und Interessenverbänden ausbauen und attraktiver gestalten. Hierbei wollen wir die Möglichkeiten, die Elektrofahrräder auch neuen Nutzergruppen bieten, aufgreifen. So setzen wir uns für mehr sichere Abstellmöglichkeiten und Radwegeverbindungen ein, die hinsichtlich Sicherheit und Schnelligkeiten auch die besonderen Ansprüche der Fahrer von Elektrofahrrädern erfüllen.

Luftverkehr

Die Ergebnisse des Mediationsverfahrens zum Ausbau des Frankfurter Flughafens aus dem Jahre 2000 haben auch nach Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest nach wie vor ihre Gültigkeit. Bis heute sind aber wesentliche Teile des Mediationspaketes, die von den politisch Verantwortlichen in Wiesbaden untrennbar mit dem Ausbau verbunden wurden, nicht umgesetzt worden.

So engagieren wir uns für eine rechtlich verbindliche Lärmobergrenze, die deutlich unterhalb der im Planfeststellungsbeschluss zugrunde gelegten Lärmwirkung festgesetzt wird. Wir streben nach wie vor, ein generelles Nachflugverbots von 22.00 bis 6.00 Uhr an.

10. Finanzen

Der Main-Taunus-Kreis ist bisher, nicht zuletzt dank einiger finanzstarker Gemeinden und Städte, von den heftigsten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise verschont geblieben, obwohl das Land Hessen dem Kreis wichtige Finanzierungszuweisungen (Grunderwerbsteueranteil, Kürzung der Kommunalen Finanzausgleichsmittel) entzogen hat. Immer höhere Kreisumlagehebesätze nehmen jedoch zunehmend den Gemeinden und Städten wichtigen Handlungsspielraum, die letztendlich die Bürgerin und den Bürger mit höheren Gebühren und Steuern treffen.

Die Haushalte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind inzwischen bis auf wenige Ausnahmen defizitär. Städte und Gemeinden kämpfen mit rigiden Haushaltsauflagen der Kommunalaufsicht. Die von der Landesregierung beabsichtigte „Reform“ des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) wird die Situation weiter verschärfen. Das Land Hessen saniert sich an dieser Stelle offenkundig auf Kosten der Kommunen.

Die Finanzpolitik des Main-Taunus-Kreises muss auf die schwierige Situation der Städte und Gemeinden Rücksicht nehmen. Die Kreisumlage als hauptsächliche Einnahmequelle muss daher wirksam die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden berücksichtigen. Der Kreis darf nicht weiter seine gute Einnahmesituation durch einen unangemessenen Kreisumlagehebesatz erzielen!

Um auch für die Zukunft eine vor allem umsichtige und nachhaltige Finanzwirtschaft zu etablieren, ist es nach wie vor dringend geboten, die hohe Zinslast des Kreises durch Umschuldungen zurückzuführen. Dadurch sichert der Kreis mittelfristig seine Gestaltungs- und Handlungsspielräume. Die Zeit dazu ist günstig, denn die Kreditzinsen sind momentan extrem niedrig.

Gleichzeitig muss dafür Sorge getragen werden, dass die vorhandenen Einrichtungen bürgergerecht betrieben werden und das Kreisvermögen durch effiziente und energiesparende Bauunterhaltung seinen Wert behält.

In der bevorstehenden Wahlperiode werden wir uns dafür einsetzen, durch eine offene und transparente Aufgabenkritik, die Erfüllung der Kernaufgaben des Kreises finanziell zu stabilisieren. Dabei wollen wir die freiwilligen und vielleicht wünschenswerten Aufgaben auf das notwendige und sozialverträgliche Maß zurückzuführen. Dies gilt besonders für die Mitfinanzierung der regionalen Gesellschaften, bei denen der finanzielle Aufwand und die Ergebnisse in krassem Missverhältnis zueinander stehen.

Als konkrete Maßnahmen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Kreisfinanzen werden wir die Verwaltungskosten durch effektive Reformmaßnahmen senken. Synergieeffekte bei der Verwaltung und Bewirtschaftung der öffentlichen Gebäude wollen wir nutzen, die Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der allgemeinen Verwaltung und insbesondere im Bereich der Schulen und der Kinderbetreuung intensivieren. Eventuelle Aufgabendopplungen werden wir aufdecken und beenden und die Wirtschaftsförderung als Gemeinschaftsaufgabe ausbauen, um die Einnahmen des Kreises und der Gemeinden zu stärken. Mittelfristig müssen wir dafür sorgen, die Einnahmesituation der Rhein-Main-Region insgesamt zu stabilisieren, denn unser Wohlstand hängt unmittelbar mit der Entwicklung unserer Region zusammen.

11. Bürgerservice und Verwaltung

Der Servicegedanke für die Bürgerin und den Bürger, die sich mit persönlichen Anliegen an die Kreisverwaltung wenden, steht im Mittelpunkt einer modernen Verwaltung. Die Vorgänge in der Kreisverwaltung müssen nachvollziehbar und transparent für die Bürgerin und den Bürger sein. Unser Ziel ist es aber auch, die Kreisverwaltung zu einem attraktiven Arbeitgeber zu entwickeln, der den Beschäftigten berufliche Perspektiven eröffnet und die Weiterentwicklung fördert. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt dabei einen besonderen Schwerpunkt für uns dar.

In den letzten Jahren haben wir uns konsequent für eine moderne Verwaltung eingesetzt, die den Dienst für die Bürgerin und den Bürger als im Mittelpunkt stehend begreift. Der Main-Taunus-Kreis hat sich dabei in den letzten Jahren auch Dank der Initiativen der SPD zu einem moderneren Landkreis weiterentwickelt. So haben wir zum Beispiel mit der so genannten DE-Mail ein rechtssicheres E-Mail-Verfahren eingeführt. Diese Weiterentwicklung ist jedoch bei weitem nicht beendet.

Auch im Bereich der Verwaltungs-Transparenz haben wir mit dem visualisierten Haushalt eine Möglichkeit angeregt, interessierte Bürgerinnen und Bürger über die detaillierte Verwendung von Steuergeldern zu informieren. Als eine Erkenntnis aus dem Veruntreuungsskandal um die MTV-Geschäftsführung im Jahr 2011 haben wir umfangreiche Anti-Korruptionsmaßnahmen für die Verwaltung eingefordert.

Wir brauchen auch im Main-Taunus-Kreis eine moderne und leistungsfähige öffentliche Verwaltung, um die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen. Wichtige Reformschritte wurden in der Vergangenheit durch die Umstellung von Teilen der Verwaltung in andere Organisationsformen realisiert, wie z.B. die Gründung der Kliniken GmbH, die Main-Taunus-Recycling GmbH und die Rhein-Main-Deponie GmbH.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben auch hier im Kreistag beharrlich für mehr Transparenz gekämpft. Die jährlichen Beteiligungsberichte der Gesellschaften, an denen der Kreis maßgeblich beteiligt ist, sind von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefordert und durchgesetzt worden, bevor auch der Gesetzgeber die Notwendigkeit solcher Transparenzfördernden Maßnahmen erkannt hat und Beteiligungsberichte gesetzlich vorgeschrieben hatte. In den Kernbereichen der Kreisverwaltung wurden bisher lediglich Be-

standsaufnahmen begonnen, aber nur wenige konkrete Schritte zur Veränderung angegangen. Andere Kommunalverwaltungen sind hier dem Main-Taunus-Kreis voraus.

Gemeinschaftliches Verwaltungshandeln ist in der Zukunft schon aus Kostengesichtspunkten unverzichtbar. Dieser von der SPD angeregte Reformprozess muss weiter gehen. Für uns steht dabei im Zentrum, dass Steuermittel effizient und zielgerichtet eingesetzt werden müssen. Gender Mainstreaming, die in unserer modernen Gesellschaft zeitgemäße systematische Einbeziehung der jeweiligen Perspektive von Männern und Frauen in allen Bereichen, ist als Prinzip der Veränderung der gesamten Behördenkultur, zur Verbesserung der Zusammenarbeit unter den Beschäftigten und um die Verbesserung der Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger voranzutreiben. Wichtig ist uns dabei, dass die Betroffenen beteiligt werden, also die Beschäftigten der Kreisverwaltung Veränderungsprozesse aktiv mitgestalten können.

Bestehende Leistungen und Angebote sind regelmäßig auf ihre Notwendigkeit hin kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls zu optimieren. Dabei ist für uns ein Kernanliegen, dass Leistungen der Kreisverwaltung und Aufgaben, die von den Städten und Gemeinden bürgerfreundlicher erledigt werden können, den Städten und Gemeinden des Main-Taunus-Kreises auch zu überlassen sind, wenn diese dazu bereit sind. Darüber hinaus sollen Verwaltungsabläufe und Entscheidungsprozesse beschleunigt und nachvollziehbar für die Bürgerin und den Bürger werden. Hierfür wollen wir auch, dass Bürgerinnen und Bürger einen „Laufzettel“ für ihr konkretes Anliegen bekommen. Die Eigenverantwortung der leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist durch den dezentralen Einsatz der Haushaltsmittel („Budgetierung“) weiter zu stärken; damit steigt auch die Verantwortungsbereitschaft der Beschäftigten. Ferner gilt es, die Beschäftigten (auch in der Elternzeit) entsprechend ihrer jeweiligen Befähigung und persönlicher Lebenssituation durch Weiterbildung und Personalpolitik (u.a. flexible Arbeitszeiten, Frauenförderplan) dauerhaft zu qualifizieren und zu motivieren. Die Verwaltung muss durch die Einführung betriebswirtschaftlicher Kosten- und Leistungsrechnung ihre Aufgaben kostenbewusster erledigen. Jährliche Zielvorgaben und deren Erreichung sind öffentlich zu erörtern.

12. Wir in der Region

Das Rhein-Main-Gebiet gehört mit seinen rund 5,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zu den bedeutenden Regionen Europas. Pulsierende Wirtschaft, Kultur auf hohem Niveau und reizvolle Landschaft verbinden sich zu hoher Lebensqualität.

Im Wettbewerb der Regionen kann das Rhein-Main-Gebiet seine Zukunft aber nur sichern, wenn es in Zeiten weltweiter Unternehmensstrategien seine Vorzüge als attraktiver, leistungsstarker, zum innovativen Engagement einladender Standort aktiv pflegt, diese weiter entwickelt und seine Stärken ausbaut. Zu diesen Stärken gehört eine ausgewogene Regionalstruktur, in der selbstbewusste Menschen in leistungsstarken, aber überschaubaren kommunalen Einheiten ihre eigene Identität geschaffen und bewahrt haben. Durch vorausschauende Regionalplanung wird eine Zersiedlung der attraktiven Landschaft vermieden. Im Vergleich zu anderen Ballungsräumen werden eine leistungsfähige Infrastruktur, anspruchsvolle Umweltstandards und hohe Wohnqualität geboten oder bewahrt.

Die dynamische Bevölkerungsentwicklung im Rhein-Main-Gebiet hat einen hohen Wohnungsbedarf zur Folge, der insbesondere in der Region zwischen Frankfurt am Main und Wiesbaden zu einer Verknappung des Wohnungsangebots geführt hat. Aktuelle Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen kommen zu dem Ergebnis, dass ein zusätzlicher Flächenbedarf für den Wohnungsbau vorhanden ist. Für uns steht fest, dass die Innenentwicklung der Entwicklung neuer Siedlungsgebiete vorzuziehen ist. Wir werden uns aber dort für neue Bauflächen engagieren, wo ein belegbarer Bedarf an preiswertem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung vorhanden ist. Eine Sozialbindung für Mietwohnungen und das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum sind für uns wesentliche Merkmale unserer Wohnungspolitik.

Die derzeitige politische Herausforderung liegt darin, diese gewachsenen Strukturen zu erhalten und den vorhandenen politischen Handlungsrahmen zu nutzen, die Weiterentwicklung des Rhein-Main-Gebietes zu einer europäischen Spitzenregion zu fördern.

Für diese Aufgabe werden zwei grundlegende Bausteine benötigt: Die Stärkung des Regionalverbandes Rhein-Main, der als Dienstleister für regionale Aufgaben zuständig ist und klare Kompetenzen hat, sowie zusätzlich die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Mittelfristig halten wir nach wie vor eine Neuordnung der Rhein-Main-Region

für erforderlich, aber wir dürfen die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre dabei nicht außeracht lassen. Von Anderen lernen heißt für uns, Stärken und Schwächen aus anderen Regionen bewerten und daraus Schlüsse für die Weiterentwicklung der politischen und verwaltungstechnischen Struktur unserer Region zu ziehen.

Im immer schärfer werdenden Wettbewerb der Regionen in Europa kann sich die Rhein-Main-Region nur dann erfolgreich behaupten, wenn sie nach außen als Einheit mit klaren Verantwortlichkeiten und transparenten Entscheidungsstrukturen erkennbar ist und sich als handlungsfähig erweist. Die Menschen in der Region müssen sich mit „ihrer Region“ identifizieren können.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Main-Taunus-Kreis fordern mehr demokratische Legitimation, mehr Transparenz und weniger Bürokratie.

13. Wir in der Welt

Im Main-Taunus-Kreis leben und arbeiten Menschen aus fast allen Ländern der Erde. Dies ist ein Ausdruck einer globalisierten Welt, in der jeder und jede, also auch alle staatlichen Stellen, Verantwortung für eine gerechte Globalisierung übernehmen. Wir sind alle aufgefordert, mit eigenem Tun und Handeln aktiv zu werden. Im Main-Taunus-Kreis haben sich Kommunen, Kirchen und Vereine auf den Weg gemacht, um aktiv an der Verbesserung der Lebensbedingungen in anderen Ländern zu arbeiten. Die SPD Main-Taunus begrüßt und unterstützt diese Initiativen.

Deutsche Städte und Gemeinden haben nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt, welche Kraft Städtepartnerschaften für die Aussöhnung und die Ausgestaltung des Vereinten Europas entwickelt haben. Die Partnerschaften mit Städten und Regionen in anderen Teilen unserer Welt haben deshalb aktuell einen hohen Stellenwert für uns als SPD Main-Taunus.

Wir wollen, dass der Main-Taunus-Kreis aktiv die Städte, Kirchen und Vereine unterstützt. Ein Europa-Büro sollte die Akteurinnen und Akteure stärker vernetzen und unterstützen. Dies gilt auch für das Gewinnen von EU-Fördermitteln zur Finanzierung von Projekten mit internationaler Bedeutung. Europa wird nur zu gerne als selbstverständlich genommen. Die Diskussionen um den Euro haben viele Menschen verunsichert. Europa ist für uns mehr als eine Währung, Europa ist für uns die Grundlage eines friedlichen und wirtschaftlichen prosperierenden Lebens. Globalisierung bedeutet auch „Menschen willkommen heißen“.

Im Main-Taunus-Kreis leben viele Migrantinnen und Migranten, die Expertinnen und Experten und Vermittlerinnen und Vermittler für ihre Länder und Kulturen sind. Wir laden sie ein, gemeinsam mit uns Brücken für neue Partnerschaften zu bauen. Die aktuelle Entwicklung belegt in eindrucksvoller Weise, wie wichtig eine wertschätzende Willkommenskultur im Kreishaus ist, um die Potenziale und Möglichkeiten von Migranten oder auch Flüchtlingen für das Gemeinwohl zu nutzen. Der Kreis darf sich nicht nur auf die Unterbringung von Flüchtlingen beschränken. Unsere Aufgabe ist eine gezielte Integration der Menschen. Die SPD im Main-Taunus-Kreis bekennt sich ohne irgendeinen Vorbehalt zu dieser wichtigen Aufgabe.

In einer globalisierten Welt muss es um ein auskömmliches Einkommen gehen, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Es geht um Mindeststandards bei der Ausgestaltung von Arbeitsplätzen. Kinder gehören an jedem Ort der Welt in die Schule, aber nicht in die Fabrik.

Eben weil wir in einer globalisierten Welt leben, wollen wir auch unseren Teil dazu beitragen, dass die Lebensverhältnisse der Menschen besser werden. Daher wollen wir den Main-Taunus-Kreis „fairändern“. Wir freuen uns, dass alle Fraktionen einem Antrag der SPD im Kreistag gefolgt sind, den „MTK zu einem fairen Kreis“ zu machen. Auf diesem Weg gehen wir konsequent weiter. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Kreis einen Runden Tisch mit allen FairTradeTowns des Kreises, den aktiven Kirchengemeinschaften, Schulen und Vereine einrichtet. Wir werden uns ferner dafür einsetzen, dass der Kreis als Schulträger die Schulen unterstützt, „faire Schulen“ zu werden, die faire bzw. regionale Produkte anbieten und das Thema „fairer Handel“ auch im Unterricht behandeln. Unterstützen werden wir diese Aktivitäten durch eine Koordinationsstelle, die die vorhandenen Projekte miteinander verbindet und Raum für neue Aktivitäten schafft.